

Wähler, Wählerinnen!

Sonntag, den 29. Mai 1921

finden im ganzen Freistaate die

Stadtverordneten- und Gemeindevertreter-Wahlen

statt.

Alle über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Braunschweigs sind nach gleichem Stimmrecht berufen, am Wahltag mit zu entscheiden, wie in den nächsten Jahren die Stadt- und Gemeindeverwaltung geführt werden soll. Die Aufgaben der Gemeinden sind nicht gering. Die Art, wie diese Aufgaben von den Behörden gelöst werden, berührt jeden Einwohner unmittelbar.

Da die Stige nach dem Verhältnis der für die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen verteilt werden, kommt es auf jede einzelne Stimme an.

Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Jeder Wahlberechtigte muß sich unbedingt an der Wahl beteiligen und gewissenhaft fragen:

Wen wähle ich am 29. Mai?

Das Schicksal der Stadt- oder Landgemeinden ist auf längere Zeit in die Hand der Vertreter gegeben, die aus der Wahl am 29. Mai hervorgehen werden. In zahlreichen Orten hat sich das gesamte Bürgertum zu einer gemeinsamen Liste vereinigt. Dort ist dem Wähler oder der Wählerin die Entscheidung verhältnismäßig leicht gemacht. Denn alle die dort vereinigten Parteien oder Gruppen sind an der **Erhaltung des kapitalistischen Privateigentums** lebhaft interessiert. Frei Bahn dem Einzelnen

ohne Rücksicht auf die Gesamtheit,

das ist das zwar öffentlich bestrittene, aber doch tatsächliche Motiv ihrer politischen Handlungen.

Denn die gemeinsamen Listen des Bürgertums gehen unter der stillen Führung der **Deutschnationalen**, der politischen Vertretung des Großgrundbesitzes und des Junkertums. Das diese rückständigen Volksschichten den Eigennutz in der trassierten Gestalt darstellen, ist aus dem Lebensmittelmangel seit den Kriegsjahren nur zu bekannt. Hinter diesen Listen steht gleichfalls die **Deutsche Volkspartei**, die Vertretung der schwerverdienenden Großindustrie, die mit ihren unerschöpflichen Geldmitteln die gesamte Öffentlichkeit dem kapitalistischen Interesse unterjochen möchte. Es ist kein Zufall, daß auf diesen gemeinsamen Listen Arbeiterinnen und Arbeiter fast garnicht oder nur hinten, an aussichtslosen Stellen zu finden sind.

Das aber kennzeichnet die

Unzuverlässigkeit der Demokraten,

daß sie fast allenthalben sich diesen reaktionären Wucher- und Schieberparteien angeschlossen haben. Und der Landesparteitag der Demokraten hat dieses Zusammengehen mit den reaktionären Parteien ausdrücklich gutgeheißen.

Die Furcht vor dem Sozialismus trieb sie in die Arme der

ärgersten Gegner der Demokratie.

Böllig überflüssig, ja schädlich ist die besondere Liste des **Mietervereins**. Schädlich, weil die auf diese Liste gewählten bürgerlichen Vertreter in allen anderen als Mieterfragen ihrer ganzen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung nach, **wie die Demokraten**, mit den kapitalistischen und reaktionären Parteien Hand in Hand gehen werden. Schädlich auch deshalb, weil die Sozialdemokratische Partei ihrer proletarischen Natur nach nichts anderes als Mieterpartei sein kann. Auf alle Fälle würde sich hier eine Schwächung der proletarischen Kampftrakt ergeben. Sozialdemokraten, Arbeiter und sozialistische Beamte stellen in allen Städten das Gros der Mitglieder der Mietervereine. Sozialisten sind auch hier die Antreiber und Dränger zur Gründung des Mietervereins gewesen. Der Sozialdemokratie allein ist tatsächlich die ganze bisherige Mieterchutzgesetzgebung zu danken. Sie ist es, die wieder und wieder für Befestigung und Linderung der schrecklichen Wohnungsnot kämpft.

Die bürgerlichen Gruppen und Parteien, mit Einschluß der Demokraten, sind gern bereit, die Mieterchutzgesetzgebung aufzugeben, was eine

ungeheure Erhöhung der Wohnungsmieten

im Gefolge hätte. Dazu kann und darf es nicht kommen. Die minderbemittelte Bevölkerung kann in dem furchtbaren Lebensmittel- und Warenmangel

keinen Wohnungswucher mehr

ertragen. Wir fordern allenthalben **Mieteinigungsämter**, unter Mitwirkung von Vertretern der Mieterschaft. Wir fordern ferner **Wohnungsämter** und **Wohnungsausschüsse**, unter Mitwirkung der Mieter zur Durchführung einer Wohnungskontrolle und Wohnungspflege.

Ebenso schädlich wie die besondere Liste des Mietervereins ist eine Liste der kriegsbeschädigten und anderer an sich notwendigen Organisationen. Die Tätigkeit in der Gemeinde- oder Stadtverwaltung ist eine so vielseitige, daß eine Spezialisierung nach Mieter-, kriegsbeschädigten- oder dergleichen Interessen ungewissenhaft und fahrlässig genannt werden mußte.

In den Stadt- und Landgemeinden hat sich die Sozialdemokratie mit besonderer Liebe der **Pächter** angenommen. Sie sucht sie zu schützen vor der rücksichtslosen

Verwucherung durch die Pächter.

Hier warnen wir vor den geschäftigen aber scheinhethigen Versprechungen der Demokraten, die im Lande sich als Pächterfreunde ausgeben, aber sonst mit den **Deutschnationalen**

